

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 74. Die „Lodzzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens...

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Betritauer 109

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen...

Parlamentsession geschlossen.

Gestern erschien kurz nach 10 Uhr vormittags der Leiter der juristischen Abteilung im Ministerratspräsidium...

Handel, eine reguläre Schifflinie nach Südamerika zu eröffnen, hat, polnischen Pressemeldungen zufolge, die dänische Firma Johnson in Kopenhagen dem Ministerium...

Gleichschaltung Oesterreichs mit Deutschland.

Auf dem Umweg über Italien.

Vielfach wurde erwartet, daß Frankreich um der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit willen den Kampf der österreichischen Arbeiter unterstützen würde...

Ausländische Angebote für den Bau von polnischen Kriegsschiffen.

Nachrichten zufolge, die einem Warschauer Abendblatt zugegangen sind, führen italienische Werke für technische Konstruktionen, und zwar die Werke von Triest und Montefalcone...

Warschau-Berlin in 3 Stunden.

Vor der Eröffnung des deutsch-polnischen Flugverkehrs.

Das im Januar 1934 abgeschlossene deutsch-polnische Streckenabkommen für den Linienflugverkehr wird binnen kurzem die Unterschriften des Reichsluftfahrtministers und des polnischen Verkehrsministers erhalten...

Blutige Kämpfe in Chinesisch-Turkestan.

2000 Personen niedergemetzelt.

Moskau, 16. März. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Kaschgar, der Hauptstadt von Chinesisch-Turkestan, meldet, hat eine Truppenabteilung der Tunganen Kaschgar und die in der Nähe von Kaschgar gelegene Festung Jangischar eingenommen...

Sie versuchten Schutz auf dem Terrain des englischen Konsulats zu finden.

Das englische Konsulat wurde jedoch von den Tunganen beschossen. Einige Mitglieder des englischen Konsulats wurden getötet, mehrere verletzt.

Die sich zurückziehenden Truppen besetzten gemeinsam mit Truppen des Emirs die Stadt Chotan und die Stadt Yarkeno.

In Gegensatz zu den japanischen Plänen in bezug auf Ost-Turkestan sollen englische Kreise dafür eintreten, daß sich Kaschgar, Yarkeno und Chotan, die drei größten Städte im Südwesten Ost-Turkestans, zu einem unabhängigen mohammedanischen Fürstentum vereinigen...

Prager Angebot an Moskau.

Abschluss eines Handelsabkommens und Aufnahme offizieller Beziehungen.

Prag, 16. März. Nach einer Meldung aus Moskau hat Beneš der sowjetrussischen Regierung den Abschluss eines sowjetrussisch-tschechoslowakischen Abkommens telegraphisch vorgeschlagen...

union bestellt werden. Die offizielle Aufnahme von diplomatischen Beziehungen soll in Bälde ohne die üblichen Formalitäten dadurch erfolgen, daß die Tschechoslowakei ihren Gesandten für Moskau ernannt.

Kleine Entente und Sowjetrußland.

London, 16. März. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hört, daß die drei Regierungen der Kleinen Entente gegenwärtig darüber beraten, ob sie der Sowjetregierung die offizielle Anerkennung gewähren sollen.

Darum wird in garnicht allzuferner Zeit eine Verständigung zwischen Hitler und Mussolini über Oesterreich zustandekommen und im Anschluß daran der mitteleuropäische faschistische Staatenblock, zu dem neben Ungarn auch Oesterreich gehören wird...

Darum ist die gegenwärtig in Frankreich vertretene Auffassung von der Ausnützung der Rivalität zwischen Italien und Deutschland nur eine Illusion, deren Zusammenbruch bald offenbar werden wird.

H. Schvert.

Abkommen über Donauraum als Ergebnis der römischen Dreierkonferenz.

London, 16. März. Wie Neuter aus Rom meldet, ist es am Freitagabend zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös zu einem wirtschaftlichen und politischen Abkommen über den Donauraum gekommen. Das Übereinkommen soll am Sonnabend unterzeichnet werden.

Wie verlautet, wird am Sonnabend nachmittag, 16 Uhr, im Palazzo Venezia das Abkommen unterzeichnet werden, das als Ergebnis der Dreierbesprechung zu betrachten ist. Wahrscheinlich wird bereits vorher eine von den drei Teilnehmern gemeinsam ausgearbeitete Erklärung veröffentlicht werden, die sowohl politischer wie auch wirtschaftlicher Art sein wird.

Drei Punkte.

Wien, 16. März. Auf der Zusammenkunft zwischen Mussolini, Gömbös und Dollfuß am Donnerstag sollen nach einem römischen Bericht der christlichsozialen „Reichspost“ folgende drei Punkte behandelt worden sein:

1. Die Unabhängigkeit Österreichs und die Zusammenarbeit für den europäischen Frieden bilden die Grundlage jeder wirtschaftlichen Verständigung über den Donauraum. Jeder vierte Staat, der sich den wirtschaftlichen Verhandlungen über die Neuordnung im Donauraum anschließen will, muß sich zu diesem Punkt zustimmend bekennen.

2. Italien nimmt sowohl von Österreich als auch von Ungarn Ausfuhrwaren in erhöhtem Umfange an, um die wirtschaftliche Stärkung beider Länder zu erreichen.

Österreich liefert Holz und Industrierohstoffe nach Italien, Industriewaren nach Ungarn, während Ungarn Getreide und viehwirtschaftliche Produkte, Italien Wein und Obst sowie Industriefertigwaren an die Wirtschaftsnachbarn absetzen dürfen. Durch gegenseitige Vorzugszölle und Kontingente, vor allem durch Sonder-tarife der Eisenbahnen und durch Vergünstigung des Hafentransportes soll die Grundlage einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft gefunden werden, auch wenn noch einzelne Punkte offen blieben.

3. Dieses Ausgleichssystem steht mit ähnlichen Rechten und Pflichten auch anderen Ländern im Sinne der Konferenz von Stresa und des Memorandums von Mussolini offen in der Weise, daß ähnliche Abkommen getroffen werden können, die die Ein- und Ausfuhr untereinander zu vervielfachen instande wären.

Zu dem Bericht der „Reichspost“ werden sodann die Gerüchte über ein Eintreffen des deutschen Außenministers in Rom dementiert.

Ungarn ist zufrieden.

Budapest, 16. März. Die Budapest Blätter melden einheitlich, daß die Dreierbesprechungen in Rom zu einem guten Abschluß gekommen seien, der trotz wirtschaftlicher und politischer Vereinbarungen gegen keinen Staat eine Spitze darstelle. Besonders befriedige eine Neuzei-erung des ungarischen Ministerpräsidenten, wonach die politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen im Prinzip zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben.

Heute antwortet Paris.

Wird die französische Regierung die englischen Abrüstungsvorschläge ablehnen?

Paris, 16. März. Außenminister Barthou hat, wie der „Matin“ erklärt, den Wortlaut der französischen Antwort auf die englische Denkschrift in der Abrüstungsfrage fertiggestellt. Die Note wird nach Genehmigung durch den für Sonnabend nachmittag einberufenen Ministerrat sofort nach London abgehen.

„Jour“ glaubt versichern zu können, daß die französische Regierung in sehr höflicher aber entschiedener Form die englischen Abrüstungsvorschläge ablehnen werde. Es habe den Anschein, so betont das Blatt, als ob die französische Regierung sich wesentlich den italienischen Vorschlägen genähert hätte, wobei sie jedoch nach wie vor größten Wert auf die Kontrolle lege. Der Gedanke dieser Kontrolle sei außerdem mit den notwendigen Durchführungsbestimmungen des Abkommens verbunden.

„Figaro“ erklärt, daß die französische Regierung in ihrer Note auf die enge Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit hinweisen werde. Wenn die englische Regierung bereit sei, Frankreich genügend Sicherheitsgarantien zu geben, werde die ganze Abrüstungsfrage ein anderes Gesicht bekommen.

Der Sozialistenführer Leon Blum spricht im „Populaire“ im Zusammenhang mit der französischen Note von einer radikalen Umwälzung der bisherigen französischen Politik in der Abrüstungsfrage. Man habe Mühe, eine so schwerwiegende Handlung zu begreifen. Das französische Volk müsse endlich darüber entscheiden, ob es sich damit einverstanden erkläre, daß sich Frankreich in einen Abrüstungswettlauf stürze.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich am Freitag mit der internationalen Lage beschäftigt. Der Vorsitzende Beranger berichtet an Hand der diplomatischen Unterredungen des Duod d'Oran und seiner letzten Unterredungen mit Barthou über die Abrüstungsfrage, besonders die deutsche Note vom 13. März. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschlie-ßung, die dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister über-reicht werden soll, einstimmig angenommen: „Der auswärtige Senatsausschuß bekennt sich zu der vom Senat am 18. Januar 1934 mit 257 gegen 3 Stimmen als Abschluß der Interpellationsaussprache über die Außenpolitik ange-nommenen Entschlie-ßung und bestätigt seine früheren Be-ratungen, wonach Frankreich angesichts der Aufrüstung Deutschlands und mangels jeder organisierten Sicherheit sich nicht durch ein Abkommen binden kann, dessen Wort-laut es zwingen würde, entweder seine Abrüstungen herab-zufetzen, oder auf die unerlässlichen Bedingungen seiner eigenen Sicherheit zu verzichten“.

Französischer Widerbruch gegen Simon.

Paris, 16. März. Die Ausführungen Sir John Simons vor dem englischen Unterhaus stoßen in der fran-zösischen Presse auf heftigen Widerspruch. „Journal“ erklärt sich in keiner Weise mit der englischen Auffassung einverstanden, wonach ein schlechtes Abkommen immer besser als überhaupt keines sei. Das einzige Mittel, gegen die Aufrüstung Deutschlands Front zu machen, bestehe in einer engen Zusammenarbeit der Verteidiger der Ordnung, die die Freiheit haben müßten, über geeignete Machtmittel zu verfügen, um Störenfriede im Schach zu halten. Der

Außenpolitiker des „Echo de Paris“ sieht in den Aus-führungen Simons einen Ansporn für Deutschland, noch mehr als bisher zu fordern. Seine Erklärung über die Notwendigkeit eines Abrüstungsabkommens werde Deutsch-land davon überzeugen, daß weder die englische Denkschrift vom 29. Januar noch der Abrüstungsplan vom 14. Okto-ber das letzte Wort Englands darstellen und daß Deutsch-land beides nur zurückzuweisen brauche, um mehr zu er-reichen.

Die deutsche Note an Frankreich in London eingetroffen.

London, 16. März. Wie Neuter berichtet, ist die deutsche Note an Frankreich über die Abrüstungsfrage im britischen Auswärtigen Amt eingetroffen. Das Auswärtige Amt sei jetzt mit ihrer Prüfung beschäftigt.

Italienischer Botschafter berichtet.

Paris, 16. März. Der italienische Botschafter in Paris ist am Donnerstagabend nach Rom abgereist. In politischen Kreisen erklärt man dazu, daß er seine Regie-rung über seine Unterredung mit dem französischen Außen-minister in der Abrüstungsfrage unterrichten werde.

Dr. Schacht übers Schuldenproblem.

Berlin, 16. März. Am Freitagabend sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf dem Jahresbankett der amerikanischen Handelskammer in Deutschland im Hotel Wolan über das Auslandsschuldenproblem. Er be-handelte die Zusammenhänge, die zwischen der Weltwirt-schaft und den Schulden bestehen, und erklärte, daß die Wiederbelebung des internationalen Rohstoffmarktes, die der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Gesundung der Welt ist, nur durch die Vereinigung der zwischenstaatlichen Verschuldung möglich ist.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Frankreich.

Paris, 16. März. Der französische Wirtschafts-minister Lamoureux, der sich am Mittwoch nach London begeben hatte, um mit der englischen Regierung Handels-vertragsverhandlungen aufzunehmen, wird bereits am Sonnabend nach Paris zurückkehren, da sich gleich bei der ersten Begegnung Schwierigkeiten ergeben haben. Die Besprechungen sollen vorläufig auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

London, 16. März. In den französisch-englischen Verhandlungen, die, wie gemeldet, zu scheitern drohten, ist eine Wendung eingetreten. Die Besprechungen haben ergeben, daß die Standpunkte der Abordnung sich näher kämen als man anfangs geglaubt hätte. Die Sachverständigen können ohne Unterbrechung der Verhandlungen an die Prüfung der Einzelfragen gehen. Sowohl in franzö-sischen als auch in englischen Kreisen wurden Freitagabend erklärt, daß zufriedenstellende Fortschritte zu ver-zeichnen seien. Der französische Wirtschaftsminister La-moureux hat daher seinen Plan aufgegeben, bereits am Sonnabend mit seinem ganzen Stabe von Mitarbeitern nach Paris zurückzukehren.

Neue lettländische Regierung.

Die Regierungserklärung.

Riga, 16. März. Nach tagelangen Verhandlungen ist es Freitagabend dem Führer des lettischen Bauernbundes Umanis gelungen, eine neue lettländische Re-gierung zu bilden, die sich Freitagabend dem Parlament vorstellte. Ministerpräsident ist Umanis (Bauernbund), der vorläufig auch das Außenministerium übernommen hat.

Das Kabinett zählt sich auf annähernd 51 Stimmen auf 100, und zwar 36 der lettischen bürgerlichen Parteien, darunter den Bauernbund, die christlichen und fortschritt-lichen Lettgaler und den christlichen Arbeiterblock; 15 Abgeordnete der Minderheiten, darunter die 6 deutschen Abgeordneten, unterstützen die neue Regierung durch wohl-wollende Neutralität.

Umanis verlas im Parlament das Regierungspro-gramm. Außenpolitisch will die Regierung alle Ver-mählungen fortsetzen, die eine Festigung und Sicherung der Unabhängigkeit Lettlands zum Ziele haben. Die Regie-rung will den Plan des Baltischen Bundes fördern. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik will die Regierung die Aus-fuhr Lettlands fördern, um die Passivität der Handels-bilanz auszugleichen. Innerpolitisch sollen alle extremen Richtungen bekämpft und die Ordnung aufrecht erhalten werden.

Die Aktion gegen estnische Faschisten.

Reval, 16. März. Von den 500 Verhafteten der faschistischen Freiheitsbewegung sind inzwischen 250 wie-der freigelassen worden. Die Entlassung der Mitglieder des Schutzkorps, die mit den Freiheitskämpfern sympathi-sieren, wird fortgesetzt. Für die nächste Zeit sind die Be-anstaltungen des Korps stark beschränkt bzw. völlig unter-bunden worden. Die Regierung will dadurch verhindern, daß bei derartigen Zusammenkünften der Schutzkorps Mit-glieder für die Faschisten geworben werden. Das Schutz-korps — ein sehr vollständiger freiwilliger Wehrverband — wird vom Staate unterstellt.

Französische Kammer hat Ferien.

Paris, 16. März. Die französische Kammer be-schloß mit Mehrheit, in die Ferien zu gehen und am 15. Mai wieder zusammenzutreten.

Rücktritt des Berliner Bischofs.

Berlin, 16. März. Der Bischof von Berlin, Dr. Karow, hat beantragt, ihn mit dem Ablauf des Monats Juli d. J. in den Ruhestand zu versetzen. Der Reichs-bischof hat dem Antrag entsprochen. — Die Faschisierung der Kirche geht vorwärts!

Nach einer amtlichen Mitteilung ist der Pfarrer Georg Raffler aus Landsberg am Lech wegen seiner wie-derholt zum Ausdruck gebrachten ablehnenden Haltung zum nationalsozialistischen Staat in Schutzhaft genommen worden.

Zeitungsverbot in Ostpreußen.

Königsberg, 16. März. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg auf Grund des Par. 9/7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 am 7. März auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Die abgenommenen Arbeiterwaffen.

Wien, 16. März. In den militärwissenschaftlichen Mitteilungen wird jetzt festgestellt, daß dem republikani-schen Schutzbund bisher 800 Maschinengewehre, 44 500 Repetiergewehre und 2 184 000 Schuß Infanteriemunition abgenommen worden sind.

In den Mitteilungen ist aber nicht gesagt, wieviel Waffen dafür die faschistischen Heimwehren bekommen haben.

Die Streitwelle in Spanien.

Madrid, 16. März. In der Nacht zum Freitag sind die Arbeiter der größten Elektrizitätswerke und des Gaswerkes in Barcelona in den Streik getreten. Ange-hörige des Heeres und der Marine halten den Betrieb vorläufig anrecht.

Um den Frieden im Nether.

Internationales Rundsundabkommen ausgearbeitet.

London, 16. März. Der diplomatische Korre-spondent des „Daily Herald“ meldet: Das Foreign Office hat vom Generalsekretär des Völkerbundes die Abschrift eines Entwurfes über ein Rundsundabkommen erhalten. Das Abkommen soll verhindern, daß der Rundsund in einer Weise gebraucht wird, die dem internationalen guten Ein-vernehmen abträglich sei. Der Korrespondent fügt nach einem Hinweis auf Österreich hinzu, der Entwurf sei vom Institut für geistige Zusammenarbeit verfaßt worden. Im übrigen sei nicht geplant, weitere Schritte zu unternehmen, bis die Regierungen ihre Auffassungen und Ansichten mit-geleitet hätten, was vermutlich längere Zeit dauern würde.

